

**Wieser:** Herr Vizepräsident, Hoher Landtag! Ich kann mich den Wortmeldungen meiner Vorrednerinnen im Bezug auf den hohen Stellenwert, den die Vorsorgemedizin in unserem Bundesland einnimmt, vollauf anschließen, möchte aber dennoch auf eine Schwachstelle hinweisen, und das ist die Hautkrebsprophylaxe, und möchte auch darauf hinweisen, dass wir leider nach wie vor zu wenig Hautfachärzte in unserem Land haben. Ich hoffe, dass sich da bald eine Änderung abzeichnet. (Zwischenrufe – Dr Bischof: Frau Wieser, ich bin noch immer nicht zuständig für diese Angelegenheit, da müssen Sie sich an die Sozialversicherung, Ärztekammer wenden! – Kohler: Ab Anfang 2001 eine Hautarztpraxis in Rankweil! – Dr Bischof: Ich habe keine Kompetenzen. Ich bin auch dafür, ich hätte sie gerne!) – Als Gesundheitslandesrat (Zwischenruf Dr Bischof: Nein, nein!), Herr Dr Bischof, werden Sie sicher ein gewichtiges Wort einlegen können. Und ich denke, dass das auch gehört wird. (Zwischenrufe - Dr Bischof: Meine Worte bei der Sozialversicherung werden leider nicht so gehört, wie ich es gerne hätte! – Kohler: Ab Anfang 2001 eine neue in Rankweil!) – Dann müssen Sie sich mehr bemerkbar machen.

Ich möchte aber auch auf die angesprochene Sensibilisierung im Bezug auf die Lebensführung und auf das Ernährungsbewusstsein eingehen, und da auf eine eigentlich sehr günstige Möglichkeit hinweisen, das wäre eine Mitgliedschaft bei der Kneipp-Bewegung (Zwischenruf Schröckenfuchs: Bei wem?) – bei der Kneipp-Bewegung -, die sowohl Ernährungsbewusstsein als auch Bewegung abdeckt, und die jedem Mann oder jeder Frau in unserem Lande zugänglich sein müsste. (Zwischenrufe – Schröckenfuchs) Ebenso möchte ich auf die vielen Turnvereine in Vorarlberg hinweisen, die ja auch zu einem ganz geringen Mitgliedsbeitrag ihren Beitrag, den Bewegungsapparat in Bewegung zu halten, leisten können.

Meine Damen und Herren! Ich habe heute Morgen mit Interesse und auch mit einer gewissen Beunruhigung einen Artikel in den „Vorarlberger Nachrichten“ gelesen, ich zitiere, mit Erlaubnis des Vizepräsidenten: Die Überschrift: „Wir wollen keine Sterbeinseln schaffen – Palliativstationen begleitend zur Bedarfserhebung für Gesundheitslandesrat Bischof vorstellbar“. Ich dachte mir eigentlich aufgrund der bisherigen Diskussion zu diesem Thema bzw der getätigten Aussagen auch Ihrerseits, Herr Landesrat Bischof, dass die Bedarfserhebung eigentlich schon hätte vorliegen müssen und frage Sie, wieso es eigentlich zu dieser Verzögerung gekommen ist? (Zwischenruf Dr Bischof: Weil Professor Heller krank war!) – Ah, ist des der einzige Grund? (Zwischenruf Dr Bischof: Des reicht, ja!) Denn, ich denke mir, bei 40 % (Zwischenrufe – Dr Bischof: .. ist genug!), wenn bereits 40 % der Todesfälle in Versorgungsstationen sterben, denke ich mir, dass doch Handlungsbedarf seitens des Landes gegeben ist, und dass es sehr wichtig ist, dass ein begleitendes Modellprojekt, möglichst bald auch installiert wird und entsprechende Erfahrungswerte auch gesammelt werden. (Zwischenruf Dr Bischof: Sie sollten wenigstens den Artikel in der Zeitung richtig zitieren! Das liegt ja nicht an uns!) – Habe ich ja! (Zwischenrufe – Halder: Ich hätt‘ an Vorschlag, Frau Wieser, die Freiheitlichen kneippen mit dem Pfarrer Weidinger, des wär‘ amol nommas, oder?) (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Als Nächstes zu Wort gemeldet, Frau Dr Sader, bitte sehr. (Zwischenrufe – Halder: Die Freiheitlichen kneippen mit Pfarrer Weidinger! – Wieser: Des ist wirklich nicht wichtig! – Heiterkeit!)

**Dr Sader:** Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! (Zwischenrufe – Mag Neyer: Hauptsach‘ g’sund, oder? – Halder: Richtig, ja! – Vizepräsident Ing Amann: Ich bitte um Ruhe!) Ich möchte mich in meiner Argumentation gegen eine Preisausweisung nicht wiederholen, ich möchte nur so viel sagen: Stellen Sie sich noch einmal die billigen

Medikamente vor, von denen's wirklich viele gibt. Blättern Sie den Kodex mal durch und schauen Sie sich das an. Es gibt viele Medikamente, gerade in den Bereichen, die wir aufgezählt haben, Anti-Rheumatika, Anti-Phlogistika und und und. (Zwischenruf Mandak: Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass die teuersten Medikamente die Herz-Kreislauf-Mittel sind!) Was, was glauben Sie, was das für einen Effekt auf den Patienten hat, wenn er sieht, es liegt genau ATS 10,- über der Rezeptgebühr? Glauben Sie (Zwischenruf Schröckenfuchs: Des gibt's jo net!), er würde das dann weniger wegschmeißen als wie davor? (Zwischenruf Schröckenfuchs: Ja sicher! Er soll im Bewusstsein haben, dass er ATS 50,- wegschmeißt, oder?!) – Sie hat gesagt, es werden so und so viele Medikamente (Zwischenruf Schröckenfuchs: Da tät bei der Zigaretten schon was laufen!) weggeschmissen, und hier wäre einzusparen. Und ich sage, wenn der Patient sieht, dass das Medikament billig ist, glauben Sie, er schmeißt es dann nicht weg oder was? Also, ich glaube, er schmeißt's dann wahrscheinlich erst recht weg – o.k. (Zwischenrufe – Ein Kostenbewusstsein würde sicher gut tun!) Das ist das eine.

Als Zweites möchte ich sagen, wenn man schon den Medikamentenverbrauch senken will, also den effektiven Verbrauch, ob's jetzt weggeschmissen wird oder wirklich geschluckt wird – egal -, wäre ein wesentlich sinnvollerer Ansatz wahrscheinlich der des Ausbaus des Arztgespräches. Meine Damen und Herren! Das Arztgespräch hat im Arztkatalog eine Position und wird eigentlich überhaupt erst bei einem Gespräch, das über 10 Minuten dauert, als Arztgespräch gewertet. Also, das heißt, das wird dem Arzt nicht als Gespräch vergütet, es sei denn, es dauert länger wie 10 Minuten. Eine reine Gesprächszeit von sagen wir 15 Minuten wäre sicherlich schon ausreichend, um einige Verordnungen zu verhindern, um einigen Patienten nahe zu legen, warum sie das Medikament jetzt wirklich nehmen sollen, wie oft und so weiter. Also, es würde die so genannte „compliance“ fördern und zur Vermeidung vom Wegschmeißen führen, und es würde den Verbrauch an sich wahrscheinlich senken. Natürlich wären das anderweitige Zusatzkosten – das muss man natürlich dazu sagen. Also ein Ausbau und eine Aufwertung der ärztlichen Gesprächszeit wäre wahrscheinlich wesentlich zielführender. Das ist das eine.

Ich möchte noch eine zweite Stellungnahme abgeben, und die betrifft den Neubau des Krankenhauses Bregenz, das so genannte „finanzielle Jahrhundertprojekt“. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, warum gerade in Zeiten, wo die medizinische Nahversorgung so reklamiert wird, warum ausgerechnet ein „Jahrhundert-Finanzprojekt“, wie der Neubau eines Spitals, von dem man noch sagt, man hat dann Jahrzehnte lang ausgesorgt, also das erfüllt dann den medizinischen Standard für die nächsten Jahrzehnte, warum ausgerechnet hier auf eine Dialysestation vergessen wird oder einfach keine gebaut wird. Sie müssen sich vorstellen, Dialysepatienten sind chronisch schwer nierenkranke Patienten, die zwei- bis drei Mal in der Woche sich einer längeren Dialyse unterziehen müssen, momentan ins Landeskrankenhaus Feldkirch fahren müssen. Sie müssen sich vorstellen, nach einer solchen Behandlung ist dem Patienten Stunden lang übel, sie können daher nicht selber mit dem Auto hinfahren, weil sie dann nicht selber mit dem Auto nach Hause fahren können. Eine solche Behandlung ist für jemand, der zum Beispiel aus Au kommt und nach Feldkirch fahren muss, mit dem Sammeltaxi oder mit was auch immer, der Aufwand fast eines ganzen Tages. Und Sie müssen sich vorstellen, welche Beeinträchtigung der Lebensqualität noch zusätzlich zu ihrer schweren Krankheit sie damit erfahren, wenn sie das zwei bis drei Mal in der Woche machen müssen. Ich wünsche es niemandem, der hier herinnen sitzt.

Warum ist eine solche Dialysestation im Neubau nicht vorgesehen, vor allem wenn man mit diesen Argumenten argumentiert der „medizinischen Nahversorgung und der langen Sicht der optimalen medizinischen Versorgung“? (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Jetzt ist zu Wort gemeldet der Herr Landesrat Bischof, bitte.

**Dr Bischof:** - Die steht schon lange auf der Schiene. – Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Das Thema Gesundheit steht auf der Interessensskala der Österreicher und Österreicherinnen Gott sei Dank nach wie vor ganz oben. Dieses Interesse scheint mir auch mit dem Prüfprogramm des Landes-Rechnungshofes durchaus zu korrelieren. Denn nichts ist in der Tat wichtiger als Gesundheit, auch wenn wir das meist erst bemerken, wenn wir bereits krank sind. Wir haben deshalb in den letzten Jahrzehnten in Vorarlberg ein Gesundheitswesen aufgebaut, das auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt ist. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass in Vorarlbergs Krankenhäusern hervorragende Qualität, nicht nur in der Medizin und der Medizintechnik, sondern vor allem auch in der Pflege und Betreuung sowohl, aber auch im Bau und Ausstattungsstandard der Häuser selbst angeboten wird. Eine Qualität, um die uns viele Länder beneiden.

„Was darf Gesundheit kosten?“, meine Damen und Herren, ist eine immer wieder gestellte Frage. – „Alles, wenn man selbst betroffen ist“, das ist selbstverständlich. Auch „Alles“, wenn man das Ganze isoliert aus dem gesundheitspolitischen Blickwinkel betrachtet. Aber wir haben auch die finanzpolitische Verantwortung, und zu der bekenne ich mich. Wir haben die Verantwortung zu tragen und darauf zu achten, dass das ganze System nicht aus dem Ruder läuft und uns dann das Gleiche passiert, wie es in Schweden, Deutschland oder England schon passiert ist. Wir haben speziell in Vorarlberg auf diese Entwicklung rechtzeitig reagiert und eine notwendige Strukturveränderung möglich gemacht.

Aus dieser Verantwortung habe ich auch schon 1993 die gesundheitspolitischen Vorgaben erstellt: Erstens, Sicherung der bedarfsbezogenen, quantitativen Versorgung; keine Kontingentierung, keine Rationierung. Zweitens, Qualitätsentwicklung und Sicherung nach den Standards der modernen Medizin. Und Sie wissen, dass diese Entwicklung explosionsartig nach vorne geht. Drittens, fast ein Widerspruch, wenn man es oberflächlich betrachtet, Einhaltung der Kostenrahmen. Wir haben es geschafft. Wir waren die Vorreiter in Sachen leistungsorientierter Krankenanstaltenfinanzierung und haben ganz Österreich vorgemacht, wie sie funktioniert. Auch die Einführung der länderbezogenen Spitalfonds ist von hier aus gegangen. Damit können wir unser Spitalsystem selbst gestalten und werden nicht von Wien aus ferngesteuert. Wir haben den Kostenschub, der noch in den frühen 90er Jahren bestand, gebrochen. Es ist uns gelungen, die jährlichen Kostensteigerungen von 10 und mehr Prozent auf unter die Hälfte zu drücken. Wir liegen mit dem Abschluss 1999 bei 3,8 %. Und wir haben als erstes Land in Österreich überhaupt ein umfassendes und zukunftsorientiertes Controllingkonzept in den Spitalfonds implementiert. Es gehört zu den umfassenden Maßnahmen der Qualitätssicherung, dass innerhalb der letzten sieben Jahre der Ärztestand, der Fachärzttestand an den Landeskrankenhäusern um 20 %, und jener des diplomierten Pflegepersonals um rund 15 % erhöht wurde. Das ist Qualitätssicherung per se. Und das, obwohl die Anzahl der Akutbetten ja wesentlich reduziert werden konnte.

Daneben haben wir auch Schwerpunkte in der Facharztausbildung gesetzt. Das hat nicht nur die Qualität in den Krankenhäusern erhöht, sondern auch zu einer Verbesserung der Versorgung durch den niedergelassenen Bereich geführt. Obwohl ich für diesen Bereich nicht kompetent bin – ich sagte schon, hier gibt es klare Abstimmungsprobleme mit den Verantwortlichen der Strukturen außerhalb der Krankenhäuser -, ich fordere daher auch hier eine Kompetenzabstimmung, eine Kompetenzverzahnung. Diese kann allerdings nur auf Bundesebene hergestellt werden und leider nicht auf Landesebene.

Auch im Rahmen der Qualitätssicherung zu sehen ist die Versorgung durch Nachsorgeeinrichtungen und rehabilitative Tageskliniken, die wir in Vorarlberg auch wiederum als Erste in Österreich aufgebaut haben, sowie natürlich der flächendeckende Aufbau ambulanter, therapeutischer und pflegerischer Möglichkeiten. Hier sind wir einfach Spitze. Laufende Spitalserhebungen bei den Patienten – und auf die kommt es uns an – zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Sie fühlen sich wohl und gut aufgehoben. – Ich nehme Ihr Lächeln als Bestätigung, Herr Dr Keckeis. (Zwischenruf Dr Keckeis) – Ja, es nutzt nichts. Faktum ist (Zwischenrufe – Dr Keckeis – Heiterkeit!) – Was würde ich dann mit den übrigen 15 Minuten tun? Sie sind äußerst zufrieden mit unseren Krankenhäusern und der dort gebotenen erstklassigen Versorgung. Und ich weiß, dass einige von Ihnen, meine Damen und Herren, auch schon sehr direkten Kontakt mit unseren Krankenhäusern hatten und mir das auch bestätigt haben.

Im Jahr 1994 wurden in den Krankenanstalten 4.385 stationäre Behandlungen tagesklinisch durchgeführt, im letzten Jahr waren es bereits mehr als 10.000. Die Struktur ist angenommen worden. Was wir zu erkennen hatten, was uns eigentlich überrascht hat, war die tatsächliche deutliche Zunahme der stationären Behandlungen, das hängt auch mit der mangelnden Vernetzung der Systeme zusammen, dass Leistungen, die durchaus im niedergelassenen Bereich erbracht werden könnten, in die Krankenhäuser transferiert worden sind - nicht weil die Bevölkerung so viel kränker geworden ist.

Wir haben trotz dieser Steigerungen in Qualität und Quantität die Kosten im Griff. Diese Tatsache zeigt, dass die von mir formulierten gesundheitspolitischen Vorgaben voll eingehalten wurden, und das muss schon in Respektierung anderer politischer Grundsätze anerkannt werden. Wir haben im Lande Vorarlberg eine vorbildlich niedrige Bettendichte, die mit europäischen Standards hervorragender anderer Länder gleichzuziehen ist. Wir haben keine wankenden Bettentürme, wie sie in Innerösterreich durchaus noch üblich sind. All diese Entwicklungen werden natürlich von Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Und darum ist es wirklich wichtig, dass wir diesen 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch danken.

Mit der Ernennung des Landeskrankenhauses Feldkirch im letzten Jahr zum ersten „akademischen Lehrkrankenhaus“, und der damit verbundenen Integration in den Lehrbetrieb der Universität Innsbruck, haben wir einen großen Schritt in Richtung medizinischer Spitzenqualität gemacht. – Die „Spitze“ folgt schon wieder. Die Vorteile für Patienten, Ärzte und Studenten liegen natürlich auf der Hand: Unsere Leistungen und deren Qualität wurden von unserer „Mutter Universität“ vollinhaltlich anerkannt. Genau unter diesem Aspekt wurden auch die Entscheidungen bei den Neubesetzungen der Abteilungsleitungen getroffen. Spitzenfachleute werden die Fortentwicklung in unseren Krankenhäusern sichern. – Richtig! (Zwischenruf Mayer: Fallt Dir scho selber uf, geh?!) – Natürlich, ich bin mir ja bewusst, was ich sage! (Zwischenrufe – Dr Keckeis – Mayer) Den anderen muss ich's halt immer wieder sagen!

Der Schlüssel zum Erfolg, oder einer der Schlüssel zum Erfolg unseres Gesundheitswesens aber liegt eindeutig in einem zwar abgestuften, aber tief vernetzten Versorgungssystem, wie wir es in unseren Krankenhäusern Feldkirch und Rankweil aufgebaut haben. Abgestufte Akutbehandlung und interdisziplinäre Nachsorge werden wesentlichen Einfluss auf die Qualität und auf die Kostenentwicklung haben. Nur wenn wir diese Vorgaben auch in die Tat umsetzen, werden wir die Finanzierung unseres gesamten Gesundheitswesens langfristig garantieren können.

Wir haben eine derartige Nachsorgeeinheit in Rankweil aufgebaut. Wir haben zuerst auch bestimmte Ressentiments in der Ärzteschaft und in der Pflege verspürt gegen eine solche Einrichtung. Wir wissen aber heute, dass sie blendend, nicht nur von den Patienten, sondern auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskrankenhauses Rankweil angenommen wird. Deswegen wollen wir weitere solche Kapazitäten für Nachsorge in Bregenz, idealerweise in Verbindung mit der Mehrerau, und in der Region Montafon schaffen – darüber haben wir schon diskutiert.

Wir haben in dem extramuralen Bereich – auch darauf ist schon hingewiesen worden – die Qualitätssicherung der Betreuung ebenfalls massiv intensivieren können, und wir haben die Entwicklung des Segmentes der ambulanten Pflege besonders beachtet. Wir haben nun in der Hauskrankenpflege insgesamt 175 MitarbeiterInnen, die hervorragende Leistungen erbringen. Im Gegensatz dazu und zum Vergleich waren es 1990 80 Personen. Dasselbe trifft auf die mobilen Hilfsdienste zu, wo seit 1995 ein Ausbau um weit über 50 % erzielt werden konnte.

Der Abbau von Akutbetten ist auch in Vorarlberg weiterhin notwendig und auch möglich. Wie auch andere Länder in Europa beweisen, wird die Qualität der Versorgung nicht durch die Anzahl der Betten definiert. Die hohen Bettenzahlen zum Beispiel in Deutschland und Österreich sind auf das jeweilige Verrechnungssystem zurückzuführen. In Österreich inzwischen auf das damalige Verrechnungssystem, nachdem seit 1997 ja überall das leistungsorientierte Verrechnungssystem eingeführt ist. Hier gibt es Möglichkeiten zur Veränderung. Wir haben seit 1992 es in Vorarlberg geschafft, korrelierend mit dem Spitalplan 2000/2010 fast 300 Betten abzubauen. Gesundheitspolitische Zielsetzung kann und wird es aber auch in Zukunft nicht sein, so und so viele Akutbetten wegzustreichen. Durch kluge und patientengerechte Umstrukturierung unseres Gesundheitsmodells werden aber noch weniger Akutbetten benötigt werden. Hier unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Gesundheitspolitik des Bundes, die ja beinhaltet, dass über den Kamm geschert 10.000 Betten, quasi über Nacht, in Österreich weggestrichen werden sollen. Die Hausaufgaben, die tief greifende Umstrukturierungen ermöglicht hätten und die Teil der 15a-Vereinbarung 1997 waren, wurden vom Bund bislang nicht gemacht. Noch ist ein halbes Jahr Zeit, bis zum Ende der Gültigkeit dieser erwähnten Vereinbarung. Für mich jedenfalls ist klar, dass erst nach dem Abliefern dieser Hausaufgaben über die Zuteilung der Kostenverantwortungen verhandelt werden kann. 300 Betten in Vorarlberg weg und ca ATS 150.000.000,-- für unseren Spitalfonds weniger, das sind die Vorstellungen des Bundes – solche Vorgaben von Seiten des Bundes haben nichts mit Gesundheitspolitik zu tun, das sind Killerattacken. Killerattacken auf eine moderne Entwicklung der Gesundheitssysteme und Killerattacken gegen Land und Gemeinden. (Zwischenruf Dr Keckeis) – Bitte? (Zwischenruf Dr Keckeis)

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf das Landeskrankenhaus Bregenz zurückkommen. (Zwischenruf Gorbach) Wissen Sie – das ist schon richtig, des hob' i scho direkt deponiert. (Heiterkeit von Landesrat Bischof) -, wissen Sie, ich bin nicht bereit, hier den alleinigen Sündenbock für ein Projekt zu spielen, bei dem der Rechnungshof klar festhält, bitte nachzulesen auf Seite 5 – wir werden aber die intensive Diskussion im Herbst führen -, dass seit 1995 die Verantwortung in Quantität, Qualität, Zeit und Kosten beim Landeshochbauamt liegt. Ich schleiche mich aber selbstverständlich auch nicht aus meiner Verantwortung. Zu diesem Zeitpunkt nämlich war der gesundheitspolitische Auftrag und die gesundheitspolitische Zielsetzung für den Neubau schon klar definiert. Ich kann für mich gutschreiben, dass ich durch hohen persönlichen Einsatz, und auch gemeinsam mit Landesstatthalter Gorbach, die wirklich massiven Interessenskonflikte katalysieren konnte

und wir schlussendlich zu einem optimalen Projekt für die Neugestaltung und für den Neubau des Landeskrankenhauses Bregenz gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Auch die Prävention spielt neben vielen anderen, aufsegmentierten Bereichen, eine entscheidende Rolle. Wir müssen aber im Gesundheitsbereich das Leistungsangebot wirklich entflechten. Nicht jede Einrichtung, nicht jede Station soll und kann alles machen. Darum müssen wir Aufgabenfelder wie Geriatrie, Nachsorge, Palliativmedizin, Psychosomatik, aufsplittern und auch speziellen Umfeldern zuführen, die den Patienten entgegen kommen. Ein Akutkrankenhaus mit der Hektik und dem Stress, den ein solches Haus immer beinhaltet, ist für einen geriatrischen Patienten nicht das richtige Umfeld. Dort besteht vielmehr die Gefahr, dass er verloren geht oder sich zumindest verloren fühlt. Und daran werden wir arbeiten. Wir werden aber auch daran arbeiten, dass neben den speziellen Umfeldern auch regionale Brückenköpfe zu erhalten und auszubauen sind. Diese Brückenköpfe stellen die Vernetzung zu den lokalen Möglichkeiten in Behandlung und Pflege dar, die wir ja auch Schritt für Schritt nach dem Bedarf ausbauen müssen. Diese Entflechtung wird sich auch rechnen, meine Damen und Herren, aus der ökonomischen, betriebswirtschaftlichen Sicht rechnen. Vor allem – aber das ist ja unsere primäre Intention –, diese Entflechtung wird den betroffenen Patienten sehr entgegen kommen. Und Sie werden sehen, die werden das sehr gut annehmen.

Die Prävention spielt eine wesentliche Rolle und wir sind auch in diesem Bereich – ich verwende nicht das Wort „spitze“, sondern – federführend in Europa. (Zwischenruf Dr Keckeis: Es gibt noch ein Wort, Pioniere!) – Ja, das ist der Beginn; aber als Pionier kann man auch Spitze sein (Zwischenruf Dr Keckeis), über eine ausgezeichnete Pionierleistung kommt man an die Spitze. – Dies gilt auch für die Fortentwicklung der Prävention, auch das ist, glaube ich, unbestritten. Die Umsetzung von Vorsorgeprogrammen hängt natürlich von der Eigeninitiative der Mitmenschen ab. Es kann keinen Zwang zur Vorsorgemedizin oder zur Prävention im Allgemeinen geben. Dies widerspricht dem Grundgedanken der Vorsorge, die sich ja nur durch persönliches Engagement wirklich positiv auswirken kann.

Natürlich haben wir in Vorarlberg auch Ernährungsberatungsstellen, die wir über Mittel des Strukturfonds finanzieren. Dort ist das Geld des Landes auch ausgezeichnet angelegt. – Bitte? (Präsident: Herr Landesrat, Sie sind schon über der Zeit!) – Ja, gut. Das Kostenargument „Vorsorge“ – ich habe das hier auch schon dargestellt – stimmt allerdings nicht. (Zwischenruf Halder: Das Kostenargument kommt vor dem Zeitargument! – Heiterkeit!) – Richtig! Vorsorge bringt Lebensqualität und Lebensjahre, zum Beispiel zweieinhalb Jahre Lebenserwartungszuwachs in knapp über 10 Jahren hier in Vorarlberg. Aber, über zwei Drittel der Gesamtkosten der medizinischen individuellen Leistungen fallen im letzten Lebenshalbjahr an, und es ist Gott sei Dank gleich, wann dieses letzte Lebenshalbjahr auftritt. Hier Kosteneinsparungen herbei reden zu wollen, würde bedeuten, gleichzeitig altersbezogene Rationierungen machen zu müssen – und Gott bewahre uns vor solchen Dingen. (Beifall!)

Wie erwähnt, wir haben in Vorarlberg in den letzten Jahrzehnten, auch unter großem finanziellen Einsatz, ein Gesundheitswesen aufgebaut, das seinesgleichen sucht. Bestens ausgebildete Ärzte, ausgezeichnetes Pflegepersonal, modernste Krankenhäuser, extramurale Einrichtungen, MTD-Leistungen, alles Leistungen, die sich an den Bedürfnissen der Patienten orientieren. Damit ist der Erfolg dieses Modells auch zu erklären. Wenn wir dieses System weiter entwickeln, um unserer Bevölkerung auch in Zukunft eine möglichst optimale Gesundheitsversorgung bieten zu können, haben wir alle daran zu arbeiten. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es notwendig, Inseln der Partikularinteressen zu verlassen und in das gemeinsame Boot der optimalen Patientenversorgung einzusteigen. Die Vorarlberger

Gesundheitspolitik wird jeden Hafen anlaufen, um alle Mitstreiter für ein modernes und zukunftsorientiertes Gesundheitssystem aufzunehmen. Aber, wir können nicht alle Forderungen und Wünsche erfüllen.

Frau Dr Sader, Sie müssten wissen, wenn wir eine Dialysestation in einem Akutkrankenhaus aufbauen, dann müssen wir die nephrologische Infrastruktur dazu liefern. Und Sie wissen, was eine nephrologische Infrastruktur kosten würde -, darum suchen wir mit der Nephrologischen Abteilung in Feldkirch eine extramurale Lösung, so wie wir sie in Bludenz haben, auch in Bregenz. Wir werden das schaffen umzusetzen, um damit wiederum das Bedürfnis für den Patienten, das berechtigt angemeldet wird, stillen zu können. (Beifall!)

**Während der Ausführungen von Landesrat Dr Bischof übernimmt der Präsident um 14.55 Uhr wieder den Vorsitz.**

**Präsident:** Dankeschön! Ich rufe die Frau Dr Sader auf.

**Dr Sader:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss dem Landesrat Bischof vor allem in einem Punkt jetzt widersprechen: Wir sind nicht Spitze in der Besetzung unserer ärztlichen Führungspositionen, und zwar nicht nicht Spitze, was ihre Qualifizierung betrifft, sondern nicht Spitze, was ihre Geschlechterverteilung betrifft. Wir haben in Vorarlberg keine einzige weibliche Primaria und befinden uns damit in einem Zustand, in dem sich kein anderes Land der EU befindet. In allen anderen Ländern der EU wird nämlich inzwischen peinlichst darauf (Zwischenruf) geachtet, eine gerechte Verteilung zu finden. Es sind jetzt in Feldkirch gerade wieder ein paar Primariate neu besetzt worden, mit zum Teil jüngeren Primarii, und wieder sind es nur Männer. Und ich frage mich, wie groß die Sorgfalt in der Besetzung bezüglich, also unter diesem Gesichtspunkt nur – wohl gemerkt; ich möchte Ihnen keine Qualifizierung absprechen -, wie groß die Sorgfalt in der Vorgangsweise bezüglich der Besetzung der Primariate am Landeskrankenhaus Feldkirch wohl war? Man muss ja bedenken, die sind dann wieder Primarius für die nächsten, überhaupt die Jüngeren davon, sind dann wieder Primarius für die nächsten 20 Jahre. (Beifall!)

**Präsident:** Bitte, Herr Landesrat. (Zwischenrufe - Halder: Sie sind ja ärger wie die Mandak! - Heiterkeit! – Halder: Sie sind ja ärger wie die Mandak! – Dr Sader)

**Dr Bischof:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Liebe Frau Dr Sader, ich glaube Sie wissen um die Bedingungen gut Bescheid. Wir hätten sehr gerne hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen auch an der Spitze der Abteilungen (Zwischenruf Dr Sader: Gibt's die nit?), haben aber leider keine Bewerbungen. Es gäbe zwei Möglichkeiten: Wir sprechen ein Pensionsverbot die derzeitigen Abteilungsleiter betreffend aus und warten, bis die guten und ausgebildeten Frauen in den Gesundheitsberufen, vor allen Dingen im ärztlichen Bereich, in diese Spitzenqualifikation hinauf kommen. Meine Damen und Herren! Wir haben hervorragende Oberärztinnen in unserem System. Aber hier sind wir noch einen Schritt zurück, den wir zu machen haben, um dann eben auch die Spitzenpositionen mit Frauen besetzen zu können.

Aber ich kann mich nur an ein, an zwei ärztliche Bewerbungen, und zwar seit den mittleren 80er Jahren, erinnern, die sich um eine Abteilungsspitzenposition bemüht haben. Es ist also nicht möglich, wenn keine Bewerbungen vorliegen, im Sinne Ihrer Vorschläge Entscheidungen zu treffen. (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Wir sind damit am Ende der Untergruppe „Gesundheit“ und kommen zum Punkt zwei, „Jugendförderung, Familie und Frauen“. Und ich würde gerne das

auch wieder aufteilen, weil es hat keinen Wert, wenn wir da durcheinander diskutieren. Ähnlich wie beim Budget schlage ich vor, zuerst den Bereich „Jugendförderung“ zu diskutieren. Der Herr Abgeordnete Winder hat sich gemeldet.

**Winder:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! „Jugend ist Zukunft“, ein Slogan und eine Aussage, die breite gesellschaftliche Zustimmung findet, dass mit der Zukunft verantwortungsbewusst umgegangen werden muss ebenso. Nicht zuletzt deshalb hat eine gute und verantwortungsbewusste Jugendpolitik für die ÖVP Vorarlberg einen ganz besonderen Stellenwert. Jugendpolitik bedeutet für mich einerseits nicht auf Kosten kommender Generationen zu wirtschaften. Sie verpflichtet also zur nachhaltigen Politik und wird somit in allen Bereichen zur anwendbaren Philosophie, egal ob dies in der Umwelt-, in der Wirtschafts- oder in der Finanzpolitik ist. Wir liegen in diesen Bereichen, wie man auch aus allen Kapiteln des Rechenschaftsberichtes entnehmen kann, sehr gut.

Jugendpolitik bedeutet aber andererseits auch, die konkrete Lebenssituation von Jugendlichen zu gestalten. Aufgabe einer Jugendpolitik ist es, Erfahrungsmöglichkeiten zu schaffen, die Selbstwertgefühl, Zukunftsperspektiven und Lebensperspektiven gewinnen lassen. Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, muss sich die Jugendarbeit für Veränderungen und vor allem auch für neue Wege ständig offen halten. Das Gehen von neuen Wegen und das Verändern ist auch ein Anliegen der Jugend selbst. Spürbar wird dies insbesondere bei den regen Diskussionen anlässlich diverser Jugendbeteiligungsmodelle. Die Jugend in Entscheidungen miteinzubinden und mitbestimmen zu lassen, ist nach wie vor ein Schwerpunkt der Jugendpolitik des Landes, aber auch der Jugendarbeit in vielen Gemeinden. Das ist auch richtig so. Denn wir erleben die paradoxe Situation, dass die Jugend zwar immer kritischer und politischer geworden ist, aber dennoch politische Entscheidungsprozesse für viele nicht mehr nachvollziehbar sind, was allerdings gleichzeitig wieder von essenzieller Bedeutung für unsere Demokratie ist.

Es ist daher umso wesentlicher, die notwendige Kraft und vor allem auch die notwendige Energie in Jugendmitbestimmungsmodelle zu investieren, die eben demographische Entwicklungen ausgleichen sollen und demokratische Prozesse erlebbar machen. Demokratie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, Demokratie lernt man eben nicht aus Büchern. Mit der Verankerung von Jugendmitbestimmung im Jugendgesetz, mit dem landesweiten Beteiligungsmodell „Misch Dich ein“, sowie mit Förderungen und Informationsveranstaltungen hat Vorarlberg eine absolute Vorreiterrolle – das ist gut so, aber kein Grund sich auszuruhen. In Zukunft werden wir das Thema Jugendbeteiligung verstärkt in die Gemeinden hineinzutragen haben, und zwar durch positive Anreize und vor allem durch Kooperation mit den Gemeinden.

Hohes Haus! Jugend lebt schnell, ist innovativ und ist aktuell. Information spielt dabei eine ganz besondere Rolle. Es ist umso erfreulicher, dass unser Konzept eines Jugendinformationszentrums voll aufgegangen ist. Nach 7 Jahren Vollbetrieb ist das „aha, Tipps und Infos für junge Leute in Dornbirn“, ein fixer Bestandteil in der Jugendarbeit des Landes Vorarlberg geworden. Alleine im Jahr 1999 wurden über 15.000 Anfragen verzeichnet. Das Konzept hat auch über unsere Landesgrenzen hinaus Anerkennung gefunden. So wurde nicht nur in Bregenz, sondern auch in Liechtenstein und in Bälde auch in Baden-Württemberg ein „aha“ eröffnet. Dass es kein Schaden ist, sich für ein entsprechendes Konzept die notwendige Zeit zu nehmen, zeigt auch die Vorarlberger Jugendcard „three sixty“. Die ursprüngliche Idee einer Vorteilskarte für Vorarlberger Jugendliche wurde erheblich erweitert. Es sollte eben mehr werden, als eine Sammelkarte für alle Ermäßigungen

der umliegenden Hamburgerstände. Es ging vielmehr darum, eine sich ständig entwickelnde Kommunikationsplattform zu schaffen, nicht zuletzt auch deshalb, um wesentliche Aspekte, die von gesellschaftlichem Interesse sind, vermitteln zu können, wie zum Beispiel das Geben von Anreizen, um selbst Initiativen zu starten und damit neue fachliche sowie soziale Kompetenzen zu erwerben. Three sixty soll aber auch neue Kommunikationsmöglichkeiten untereinander eröffnen. Sie bietet die Chance, Jugendliche zu erreichen und Inhalte jugendgerecht zu kommunizieren, genauso wie es im Gegenzug Rückmeldungsmöglichkeiten geben muss. Sie ist also auch ein Element und soll auch zu einem Element der Jugendmitbestimmung im Land werden.

Das Allerschönste ist allerdings, dass die Jugendcard, mit all den bereits erwähnten Eigenschaften, aber gleichzeitig auch als Vorteils card und als Altersnachweis auf reges Interesse bei den Jugendlichen stößt. Seit dem Start vor knapp 2 Monaten wurden bereits über 3.000 Karten ausgegeben. So schön all diese Dinge auch sind, klar ist gleichzeitig auch, dass Jugendarbeit in erster Linie vor Ort und vor allem sehr individuell zu erfolgen hat. Eine wirklich gute Jugendarbeit darf nicht an einem Versorgungs- und Defizitverständnis der Jugendfürsorge und der Freizeitplanung hängen bleiben. Die Aufgaben sind mittlerweile wesentlich breiter und komplexer geworden – sei es die Arbeit mit minderprivilegierten Jugendlichen oder die Integrationsarbeit. Diese fordern ein sehr hohes Maß an Professionalität, welches beinahe ausschließlich von der offenen Jugendarbeit geboten werden kann. Es muss daher auch Anliegen einer weitsichtigen Jugendpolitik sein, ein befruchtendes Miteinander zwischen der offenen und der verbandlichen Jugendarbeit zu gewährleisten. Das wesentlichste Vernetzungsgremium dieser Art ist in Vorarlberg der Landesjugendbeirat. Neben dem Dachverband der Vorarlberger Jugendzentren sind in ihm die 15 größten Jugendorganisationen des Landes vertreten. Insgesamt finden in diesen 15 Jugendorganisationen ca 25.000 Jugendliche und junge Erwachsene eine sinnvolle Freizeitgestaltung, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten vor. Alleine im Jahr 1999 wurden, abgesehen von Gruppenstunden und regelmäßigen Sitzungen, über 3.100 Veranstaltungen von den im Jugendbeirat vertretenen, verbandlichen, größtenteils ehrenamtlichen Jugendorganisationen durchgeführt.

Der Landesjugendbeirat ist allerdings mehr als ein reines Vernetzungsgremium, er hat im Gegensatz zu anderen Beiräten von sich aus die Möglichkeit aktiv zu werden und tut dies auch regelmäßig, sei dies in den unterschiedlichsten Arbeitsgruppen, wie zum Beispiel Integration oder Jugendmitbestimmung oder auch in aktuellen jugendpolitischen Fragen.

Hohes Haus! Mit über ATS 28.000.000,-- an Förderungsmitteln im Jahr 1999 für die reine Jugendarbeit hat das Land tatsächlich die Möglichkeit, entsprechende Impulse zu setzen. Dass dies in der entsprechenden Breite erfolgt ist, zeigt nicht zuletzt die qualitativ sehr hoch stehende und erfolgreiche und sehr breite Jugendarbeit in Vorarlberg. (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Ich sehe keine Wortmeldung zum Bereich Jugend. Dann kommen wir zum Bereich (Zwischenrufe – Halder: Jugendsprecherin!) – Kollege Zimmermann, aha, dann müssen Sie deutlich die Hand heben. (Heiterkeit!)

**Zimmermann:** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann (Zwischenrufe – Halder: Du bist nicht mehr so jung!), geschätzte Abgeordnete! - Darum wahrscheinlich übersehen, ja. (Heiterkeit!) Wenn man aber den Bericht „900 Jahre Zukunft“, das Zukunftsbild der Jugend des Landes Vorarlberg aufmerksam liest, so ist mir eine Passage aufgefallen: „Die Jugend ist für eine Region das Zukunftspotenzial im wörtlichen Sinne“ – da ist nichts dazuzufügen. Jede und jeder, der heute nicht nur träumt, später nicht mehr im Land zu wohnen, sondern

auswandert, schlägt als demographischer Verlust zu Buche. – Das haben wir heute auch schon erörtert.

Würden die aktuell erträumten Wünsche in den nächsten Jahrzehnten Wirklichkeit, sähe es schwierig aus im Land – mehr als ein Drittel würde schon mit 25 Jahren im Ausland weilen und dem Land fehlen. Mit der Erwartung auf den Wohnort, in 40 Jahren ist die Gruppe der Flüchtigen 42 % stark. Wir müssen gemeinsam entgegen wirken, dass uns die Jugend nicht in unserem Land verloren geht oder das sind nur Visionen der Jugendlichen.

Ein anderes Kapitel, das ich auch zu wenig angesprochen sehe im Rechenschaftsbericht: Allzu junge Raucher und Trinker. Ein Fünftel aller 15-Jährigen raucht täglich Zigaretten und immer mehr Jugendliche konsumieren außerdem regelmäßig Alkohol. Schon mit 15 Jahren wird Gesundheit ausgebeutet. Junge Leute beginnen früh und regelmäßig zu trinken. Die häufigste Todesursache der jungen Menschen sind Unfälle im Straßenverkehr. Wir sollten also die Augen nicht verschließen und gemeinsam die Jugend zu einer sinnvollen Lebensgrundlage führen. Mein Grundgedanke war es auch mit der Jugendcard, Kollege Winder, also nicht für Hamburgerstände, also, das ist eine böartige Unterstellung. (Zwischenruf Schröckenfuchs) Aber menschliches Leid und hohe Folgekosten könnten wir dadurch verhindern.

Ein neues Thema ist, Gewalt lässt sich nicht verallgemeinern. Zu viele Arten der Gewalt lassen sich aufzählen. Um all diese Bereiche abdecken zu können, ist ein gut funktionierendes Netz an Organisationen notwendig. Gerade in der letzten Zeit ist das Thema "Gewalt an Schulen" stark in den Medien vertreten gewesen. Viele Fragen sind in diesem Zusammenhang aufgetreten, so zum Beispiel, warum die heutige Jugend denn so gewalttätig sei oder, ob die Gesellschaft als solches so kompliziert geworden sei, dass Jugendliche freien Tatendrang entwickeln können und die Lehrerinnen und Lehrer damit überfordert sind? Oder, wird das Thema Gewalt nicht intensiv genug betreut und verarbeitet? Gewalt in den Medien, Gewalt in den Schulen, Gewalt in der Erziehung, Gewalt in den Familien, sexuelle Gewalt an Kindern, Beispiele einzelner Problembereiche, wo Gewalt mitspielt. Das Sozialpädagogische Institut ist leider überfüllt. Der Herr Landesrat hat zwar heute mitgeteilt, dass es von den Fachleuten nicht der Wunsch ist, hier mehr Plätze zu schaffen. Aber es darf kein Wunsch sein, wie von der FPÖ vorgeschlagen, dass man die Straflager oder das Strafrecht für Jugendliche verschärft. Jugendliche aussperren darf nicht unser Gedanke sein, sondern wir müssen die Jugendlichen hereinholen.

Noch ein Thema darf ich ansprechen, und das ist die Schuldenberatung. Ich darf, mit Erlaubnis des Präsidenten, vom Institut für Sozialdienste diese Seite der Schuldenberatung doch zu Gehör bringen: (Präsident: Immer!) „Was uns erstaunt und betroffen macht ist, dass es Banken gibt, die 15- und 16-jährige Jugendliche als Bürgen für Kredite von deren Eltern heranziehen und sich die Bürgschaftsverträge durch die Unterschrift der Eltern genehmigen lassen. Dass es Arbeitgeber gibt, die ihren Arbeitnehmern eine Beratung bei uns empfehlen, um eine Schuldensanierung zu erzielen, einige Wochen später jedoch die Entlassung aussprechen, obwohl kein Entlassungsgrund gesetzt wurde. Dass es nach wie vor zahlreiche Arbeitgeber gibt, die den Arbeitnehmern im Falle von Lohn- oder Gehaltsexekutionen ein völlig willkürliches, zu geringes Existenzminimum belassen, ohne sich an die Bestimmung der Exekutionsordnung bzw. jeweiligen Existenzminimumverordnung zu halten. Der Arbeitnehmer muss diese Vorgangsweise wohl oder übel akzeptieren, denn welcher Arbeitnehmer klagt schon seinen eigenen Arbeitgeber. Dass es Bankangestellte gibt, die ihren Kunden bei Problemen im Zusammenhang mit der Kontoführung zur Scheidung von Ehepartnern raten, weil diese nach Ansicht der Bank das Problem im Bezug auf den Umgang

mit dem Geld darstellen. Dass es Inkassobüros gibt, die bei der Eintreibung von Schulden folgenden zynischen Text verwenden, „aber Sie haben doch Recht, nur nicht reagieren; nur nicht die Angelegenheit außerdem gerichtlich regeln wollen, schließlich geht es auch mittels Gehalts- oder Fahrnisexekution. Die Gerichtskosten, die dadurch anfallen, machen das Kraut ja auch nicht mehr fett.“ Dass es trotz Beteuerung der Banken immer wieder zu Kontoüberziehungsmöglichkeiten für Jugendliche, auch ohne eigenes Einkommen kommt. Dass Menschen, alle Handy-Betreiber Österreichs, ohne ausreichende Kontrolle in Anspruch nehmen und sich sehr hoch verschulden können. Dass es vorkommt, dass ein Schuldner für einen eingeklagten Kredit in der Höhe von ATS 136.931,-- 20 Jahre lang insgesamt ATS 444.532,-- zurückzahlt, und danach immer noch, nach 20 Jahren, ATS 40.147,-- offen sind. Dass es Klienten gibt, die für drei Personen unterhaltspflichtig sind, wegen Insolvenz ihres Arbeitgebers ihren Arbeitsplatz verlieren, in weiterer Folge Notstandshilfe in der Höhe von ca ATS 12.000,-- beziehen, jedoch nicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie Anspruch auf Wohnbeihilfe, auf Befreiung von der Fernseh-, Rundfunk- und Fernsehgebühr sowie auf die Befreiung der Rezeptgebühr hätten. Dass es Sozialversicherungsanstalten gibt, die Pensionisten wegen vorliegender Beitragsrückstände von der Pension in der Höhe von ATS 14.500,--, monatlich ATS 8.000,-- einbehalten, die restlichen ATS 6.500,-- sollen zur Deckung der laufenden Lebensunterhaltskosten wie Miete, Strom, Ausgaben des täglichen Lebens ausreichen. Dass das Thema Schulden immer noch ein Tabuthema ist.“ (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Dann schließen wir das Thema „Jugend“ ab und kommen zum Themenbereich (Zwischenruf Mandak) – noch jemand? – Frau Mandak, Sie sind am Wort, zum Themenbereich „Jugend“.

**Mandak:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte zwei Punkte im Bereich der Jugendpolitik ansprechen. Der eine ist der Bereich der MigrantInnen in unserem Land. Hier geht's weitgehend darum, dass Jugendliche in zweiter Generation in Vorarlberg leben, deren Eltern nicht hier geboren sind, die hier aber mit ihrem kulturellen Hintergrund zu Hause sind und wo's zweifelsohne Probleme gibt. Ich denke, es ist Aufgabe, hier in diesem Bereich verstärkt Maßnahmen zu treffen. Es geht hier darum, die Jugendlichen mit ihrem kulturellen Hintergrund zu respektieren, aber auf der anderen Seite dieses „miteinander in Vorarlberg zu leben“ zu ermöglichen.

Der zweite Bereich trifft einen, wo Jugendliche immer wieder mit einem Fuß in der Illegalität sind, das ist die Frage des Cannabiskonsums. Ein Bereich, wo die Kriminalisierung von Jugendlichen immer mehr stattfindet und greift, wo sie aber völlig unnötig wäre und ist. Wenn Sie den Cannabisbericht der Schweizer Drogenkommission lesen, dann sehen Sie, dass diese Kommission, die hochkarätig besetzt war und wo Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Bereichen sich sehr intensiv mit der Frage auseinander gesetzt haben, dass dieser Bericht zu dem Schluss kommt, dass es keinen Grund gibt, Cannabis weiter zu illegalisieren und dass es frei gegeben werden muss. Es ist hier höchste Zeit, dass im Land die Diskussion um die Legalisierung von Cannabis stattfindet, vor allem auch vor den Entwicklungen in der Schweiz. Es kann nicht so sein, dass in der Schweiz (Zwischenruf Gorbach: Vor den Fehlentwicklungen!) die Möglichkeit – das ist keine Fehlentwicklung, das ist einfach ein Anerkennen von Tatsachen, dass halt hier aus irgendwelchen historischen Gründen ein Verbot irgendwann einmal stattgefunden hat, das aus gesundheitlichen Gründen einfach nicht zu rechtfertigen ist. Und deswegen ist es nicht in Ordnung, wenn Jugendliche verfolgt werden, gefilzt werden, unter Druck gesetzt werden, obwohl es hier keine Begründung gibt dafür.

Ich möchte wirklich bitten, dass auch wir uns hier in Vorarlberg mit dieser Diskussion weiter auseinander setzen, uns mit dieser Frage beschäftigen, um diese ungerechtfertigte Kriminalisierung Jugendlicher – und es betrifft hauptsächlich Jugendliche - und jungen Erwachsenen gegenüber zu beenden. Danke! (Beifall!)

**Während der Ausführungen der Frau Abgeordneten Mandak übernimmt um 15.29 Uhr Vizepräsident Ing Amann den Vorsitz.**

**Vizepräsident Ing Amann:** Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet, der Herr Landtagsvizepräsident Lampert.

**Lampert:** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hoher Landtag! Zu dem neuerlichen Vorstoß der Abgeordneten Frau Mandak nur zwei, drei Feststellungen. Die Diskussion in der Vorarlberger Drogenpolitik und im Umgang mit so genannten „weichen Drogen“, Cannabis, ist schon lange im Gange. Sie wird ständig geführt und wir verschließen uns auch nicht vor den Problemen und Auswirkungen, die da sind (Zwischenruf Mandak: Ist nix ‘rauskommen!) und die unter Umständen noch verstärkt auf uns zukommen, wenn tatsächlich die Schweiz – aber es ist noch lange nicht so weit, Frau Abgeordnete Mandak – Cannabis legalisiert. Noch einmal: Wir haben einen anderen Standpunkt, eine andere Position, weil viel mehr dagegen als dafür spricht. Genau die Staaten in Europa, die hier großzügig, liberal umgehen, haben die größten Probleme. Schauen Sie nach Holland, schauen Sie in die Schweiz, dann bekommen Sie die Bestätigung. (Zwischenruf Mandak)

Wir sind bemüht, mit Justiz, mit Behörden, den Vollzug und insbesondere die Wahrnehmung, die Überwachung und die Kontrollen auf eine Angemessenheit zu reduzieren, wo insbesondere eine Abwägung des Tatbestandes, des Strafhaltes und schlussendlich der strafrechtlichen Konsequenz in Einklang zu bringen sind. Wo wir nicht nachgeben und auch in Zukunft nicht nachgeben werden, das ist eine Freigabe. Unsere Säulen sind Hilfe, Prävention und erst dann Repression. (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesstatthalter Gorbach.

**Gorbach:** Geschätzter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Jetzt habe ich mich doch auch noch zu dieser Debatte an die Rostra bewegt, weil, Frau Abgeordnete Mandak, wie in so vielen Bereichen, wir hier politisch offensichtlich sehr grundsätzlich auseinander liegen, und ich einfach nicht zuhören will, ohne etwas zu sagen, wenn Sie zwar Cannabis nennen, aber wie man weiß, insgesamt für Legalisierung in Sachen Drogenpolitik eintreten (Zwischenrufe – Rauch: Falsch! – Mandak: Überhaupt nicht wahr!), und ich hier sage, „wehret den Anfängen“. (Zwischenrufe – Mandak: Woher haben Sie diesen Eindruck?) – Wenn Sie die Güte haben, mir zuzuhören, wie ich das bei Ihnen auch immer geduldig ertrage (Zwischenruf Mandak: Ja, ich sag nur Sachen, die wahr sind!), dann würden Sie vielleicht mit Ihren Zwischenrufen etwas vorsichtiger sein. Sie sagen nämlich, wenn der Herr Vizepräsident Lampert sagt, „Drogen, Holland ist ein Beispiel, das mit der Legalisierung“ - oder, wie ich es noch dramatischer, weil richtiger, ausdrücke, „Verharmlosung von Drogen“ – „ein schlechter Weg und schlechte Erfahrungen dort gemacht wurden“, und Sie sagen, das ist auch ein Drogenumschlagplatz, dann möchte ich Sie fragen, wo leben Sie eigentlich? Lesen Sie auch in Vorarlberg Zeitungen, was da in der letzten Zeit passiert ist? Haben Sie Kontakt mit Betreuerinnen und Betreuern von Jugendlichen, die in die Drogenszene abgerutscht sind? Wissen Sie, dass da organisierte Kriminalität bei uns im Lande Vorarlberg, in der heilen Welt, stattfindet? Dass junge, 12-, 13-jährige Mädchen und Burschen versorgt werden mit so

genannten „leichten, modernen“ – ob das Speed oder Ecstasy oder was auch immer ist – „Drogen“, und man denen sagt, „das ist in, das ist cool, das gehört dazu, sonst bist du nicht dabei“, und dass das der Weg ist in eine furchtbare, in eine furchtbare Situation, die Abgrund bedeutet. Und irgendwo muss einfach ein gesetzlicher Strich sein, irgendwo ist die Differenz, die Linie, die Grenze zwischen legal und illegal.

Und ich bin froh, dass hier die Drogenpolitik im Lande Vorarlberg eine konsequente, eine wirklich konsequente und eine zukunftsorientierte ist, weil ich diese Drogenproblematik als „die Generationenproblematik für uns Politiker in den nächsten Jahren, ja eben in den nächsten Jahrzehnten“, überhaupt betrachte. Wenn man schaut, wie der gesellschaftliche Wohlstand und Ausfluss, dass man heute fast alles haben kann, dass man schon nicht mehr weiß, was mit der Freizeit anzufangen und ähnliche Entwicklungen mehr, wenn man sich das genau anschaut, dann bin ich froh, dass wir hier eine konsequente Politik haben. Ich bin nicht froh, dass auch in diesem Bereich der Sparstift angesetzt werden sollte oder angesetzt werden soll, sprich, dass man nicht genügend Personal hat, um dieser Entwicklung auch wirklich Rechnung zu tragen und den Kampf mit voller Kraft und Stärke anzusagen.

Und ich sage Ihnen auch, ich war ein vehementer und emotioneller Mitstreiter, als es in den Regierungsverhandlungen auf Bundesebene darum ging, dieses Kapitel in der Koalitionsvereinbarung, in der Regierungserklärung abzuhandeln, und habe dort hinein reklamiert, auf jeden Fall bei allen Sparmaßnahmen, die wir damals schon wussten, dass sie gesetzt werden müssen, auf jeden Fall dem Kampf gegen Drogen nicht das Material und auch nicht das Personal fehlen zu lassen. Sie wissen, dass ich auch mit dem sehr plakativen und markanten Begriff „Drogenkobra“, ich mir wünsche, eine Sondereinheit, eine Spezialeinheit, die gut ausgestattet mit modernsten Einrichtungen, auch mit ausreichendem Personal, sich ausschließlich dieser Thematik widmet, um sie im Keime zu ersticken, um nicht Symptombekämpfung zu machen, sondern sie wirklich im Keime zu ersticken, vor allem die Drogenhändler diesbezüglich anzugehen. Denn das sind ja wirklich die schlimmen Elemente dieser Gesellschaft – ich nenne sie auch „Mörder auf Raten“, und solche gehören auch vehement bekämpft, und wenn man sie erwischt, auch entsprechend behandelt. Sie wissen, dass ich hier in Ausnahmefällen auch nicht davon zurückschreke, die politische Forderung zu stellen, dass man Dealer, solche Händler, im Wiederholungsfall, in krassen Fällen, mit bis zu lebenslanger Haft bedient, weil auch hier gehört Abschreckung, wie ich meine, zum Kampf gegen diese schreckliche (Zwischenruf Mandak: Cannabis-Verkäufer – das ist ein Wahnsinn!) – in diesem ernstesten Thema sollten Sie mich nicht laufend unterbrechen! Noch einmal, ich bringe bei Ihnen auch mitunter sehr viel Geduld auf, Zwischenrufe sind natürlich auch belebend, aber horchen Sie hier zu. – Da sollten wir wirklich ganz konsequent agieren und uns auch nicht irritieren lassen von irgendwelchen Modeentwicklungen und Modeerscheinungen.

Und zum Abschluss: In diesem Dreiländereck sind wir eben auch schon ein Drogenumschlagplatz, das werden Ihnen Fachleute bestätigen, das bestätigen Ihnen auch die Aufklärungsquoten, die Gott sei Dank (Zwischenruf) gut sind, aber eine Entwicklung aufzeigen, an der man nicht vorbei gehen kann oder die Augen verschließen kann. Und ich warne Sie davor, diese Thematik zu verharmlosen. Ich als Familienvater, wie viele andere auch, glaube ich, haben große Sorge, dass Kinder, die ordentlich erzogen werden, aufgezogen werden, wie es bei uns heißt, durch gezielte Aktionen in dieses Milieu abgleiten könnten. Ich habe auch Freunde, wo das passiert ist und die Ergebnisse sind furchtbar und katastrophal. Alles, was auch nur ansatzweise dazu dient, solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, sollten wir unternehmen. Deshalb warne ich davor, diese Thematik zu verharmlosen, indem man sagt, „ja Cannabis, das ist ja ohnehin keine Droge“. Das ist ein Anfang, das ist mit ein

Beginn in eine weitere Entwicklung. (Zwischenruf Mandak: Das ist eine Droge, die liberalisiert gehört!) Deshalb möchte ich mit aller Vehemenz die Drogenpolitik des Landes unterstreichen (Zwischenruf Mandak: uralt!) und möchte Ihnen, oder möchte Sie bitten, die Augen etwas stärker zu öffnen, was diese wirklich problematische Entwicklung auch in unserem Lande betrifft.

Und gerade wenn die Schweiz liberalisiert und hier lockerer wird, sollte das sogar ein Mahnmal für uns sein (Zwischenruf Mandak: Dann beschäftigen Sie sich einmal, warum?!), weil dann vielleicht noch mehr – ich beschäftige mich sehr intensiv damit! (Zwischenruf Mandak: Na, das merk i do aber net!) -, weil dann vielleicht noch mehr von diesen unseligen Mitteln (Zwischenruf Mag Neyer: Sie gehen immer nur davon aus, dass nur Sie recht haben!) auf uns herüber schwappen nach Österreich. Und man weiß ja auch, dass ganze Kuriere – Sie werden's schon gelesen haben -, dass ganze Kuriere durch Vorarlberg unterwegs sind einerseits, aber auch Drogengeschäfte in Vorarlberg als Umschlagplatz stattfinden. Und diese Entwicklung sollte man bei Gott nicht bagatellisieren. (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet, der Herr Abgeordnete Rauch.

**Rauch:** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesstatthalter, Sie haben soeben ein Paradebeispiel abgeliefert für einen populistischen Rundumschlag, unter völliger Außerachtlassung der Tatsachen. Ich würde Sie bitten und ersuchen, sich dieses Themas einmal ohne (Zwischenruf Halder: Könnte fast von den Grünen abgeschaut sein!) Scheuklappen, ohne Scheuklappen anzunehmen und vielleicht einmal ein bisschen offener darüber zu diskutieren. Es nützt keinem Menschen irgendwas (Zwischenruf Mag Neyer: Sollen wir auch afanga zu kiffen oder was?), es nützt keinem Menschen irgendwas – Herr Kollege Neyer, auf diesem Niveau können Sie auch versuchen zu diskutieren, aber es wird Sie keinen Schritt weiter bringen. Vielleicht bemühen Sie sich, diese Debatte etwas umfassender zu führen und so einen Zugang zu finden.

Wenn Sie sich ohne Scheuklappen die ganze Diskussion anschauen, dann geht es uns „niemals“ darum – ich sage das dezidiert und in aller Entschiedenheit und weise das zurück, was Sie gesagt haben -, Drogen generell zu liberalisieren und freizugeben. Das ist Unfug! Es geht uns darum, die so genannten „weichen Drogen“, und dazu gehört Cannabis (Zwischenruf Gorbach: Das sind auch Drogen!), einem Entkriminalisierungsprozess (Zwischenrufe - Mandak: Alkohol ist auch a Droge! – Gorbach: Illegale Drogen, es gibt a legale und illegale Drogen, da müssen Sie unterscheiden!) zu unterziehen. – Herr Landesstatthalter Gorbach, es werden in diesem Land (Zwischenrufe – Gorbach) – jetzt hören Sie bitte zu! Sie haben sich vorher bei der Frau Mandak beschwert, dass Sie dazwischen gequatscht hat. (Zwischenruf Gorbach: Ich hab noch drei Zwischenrufe zugute von vorher! – Heiterkeit!) Ich bitte Sie! – Diese ganze Diskussion um die Liberalisierung von Cannabis, Herr Landesstatthalter, da geht's vor allem darum, Kleinkonsumenten nicht zu kriminalisieren. Es werden in diesem Land, auch in Vorarlberg, gezielt Jugendliche zu Kriminellen gemacht, nur weil sie dann und wann einen Joint rauchen. Das ist der Punkt, um den's geht. (Zwischenrufe – Gorbach – Mag Neyer) Und da kann man nicht Konsumenten, die Cannabis konsumieren und die Ecstasy konsumieren, in einen Topf werfen mit Gebrauchern von harten Drogen. Das ist ein fachlicher Unfug erster Klasse. Diese Differenzierung muss man einfach vornehmen. (Zwischenruf Gorbach: ... werden schon unterscheiden können, da habe ich großes Vertrauen!) – Das war jetzt der dritte Zwischenruf, damit sind Sie (Zwischenruf Gorbach: Na, der zweite, das war der zweite!) mit Ihren Zwischenrufen am Ende. – Gut, dann würde ich Sie bitten, den dritten auch gleich anzubringen.

Die Schweiz, Herr Landesstatthalter Gorbach, hat einen Drogenbericht erstellt, und ist im Zuge der Erstellung dieses Drogenberichtes darauf gekommen – und zwar wurden alle Drogen untersucht, legale und illegale, Alkohol eingeschlossen -, dass Cannabis separat behandelt werden muss, Alkohol separat behandelt werden muss und die so genannten „harten Drogen“ separat behandelt werden müssen, und ist auf Grundlage dieser Studie zum Ergebnis gekommen, dass eine Freigabe von „weichen Drogen“, von Cannabis, in Erwägung zu ziehen ist. (Zwischenruf) Die drogenfreie Gesellschaft, Herr Landesstatthalter, wie Sie Ihnen vorschwebt, hat es nie gegeben. In der gesamten Menschheitsgeschichte hat es diese drogenfreie Gesellschaft nie gegeben. Das ist eine puritanische Wahnidee, der Sie da nachhängen, die ich nicht nachvollziehen kann. Das ist, das ist eine Vision, die nicht umsetzbar ist. (Zwischenruf Mag Neyer: Ja, aber ein Ziel, das man anstreben soll!) Und im Übrigen, im Übrigen muss ich schon sagen, halte ich es für einigermaßen absurd, wenn ich mich zurück erinnere an die Diskussion um die Absenkung der Promillegrenze bei Alkohol im Straßenverkehr. Da waren Ihre Vertreter im Parlament es, die sich sozusagen als „Schutzmacht betrunkenen Autofahrer“ hingestellt haben und gegen die Senkung der Alkoholpromillegrenze (Zwischenruf Gorbach: Der Vergleich ist jetzt aber sehr hinkend!) – nein, der hinkt überhaupt nicht! (Zwischenruf Gorbach: Nicht alles was hinkt, ist ein Vergleich, Herr Kollege!) Weil ich sage Ihnen eines (Zwischenrufe – Mag Neyer: Und Sie wiegen die einzelnen Drogen gegeneinander auf!), es passiert im Straßenverkehr (Zwischenrufe – Gorbach – Mag Neyer) – das war der dritte Zwischenruf, jetzt darf ich weiter sprechen (Zwischenruf Gorbach: Da geht's um 0,8 oder 0,5 Promille Alkohol! – Mandak – Gorbach) – Sie kennen den Unterschied! Da geht es (Zwischenruf Gorbach: Und Sie vergleichen das mit illegalen Drogen!), Herr Landesstatthalter, da geht es um Todesopfer. Es geht darum, dass die Weigerung (Zwischenrufe – Gorbach: Geht's ja dort auch um Todesopfer! – Dr Schuler: Bei den Drogen geht's um Menschenleben! – Mandak) – Wenn ich jetzt weiter reden darf? (Vizepräsident Ing Amann: Bitte sehr, der Herr Abgeordnete Rauch ist am Wort. Ich bitte um Konzentration!) Der Herr Landesstatthalter hat sein Quantum an Zwischenrufen, wie er selbst sich auferlegt hat, schon ausgeschöpft. (Zwischenruf Halder: Das beurteilt der Vorsitzende!)

Noch einmal, die Absenkung, die Absenkung (Vizepräsident Ing Amann: Herr Halder, das gilt auch für Sie! – Heiterkeit!), die Absenkung der Promillegrenze wäre ein Mittel gewesen, hier tatsächlich gegen den massiven Missbrauch einer legalisierten Droge mit Todesfolgen entgegenzutreten. Das haben Sie (Zwischenruf Gorbach: Diese Vermischung ist Oberflächlichlichkeit zum Quadrat!) nicht wollen, das haben Sie nicht wollen! (Zwischenrufe – Gorbach: Unzulässig! – Mag Neyer) Und dann sich hier herzustellen und sozusagen in einen Topf zu werfen, Heroin und Cannabis und Alkohol und ich weiß nicht noch was alles (Zwischenruf Gorbach: Ja, vielleicht reden Sie jetzt von Kopfwehtabletten auch noch, oder?) – Wenn ich jetzt vielleicht noch fertig sprechen dürfte, wäre ich Ihnen dankbar!

Ich bitte Sie, nehmen Sie die Differenzierung vor. Es geht, es geht einfach nicht an, hier alles in einen Topf zu werfen. Sie werfen nämlich auch die Menschen in einen Topf – das muss ich Ihnen sagen. Sie können nicht Kleinkonsumenten von Cannabis in einen Topf werfen mit Drogendealern, die sich eine goldene Nase verdienen. Das lehne ich ab! Sie können uns nicht unterstellen, dass wir Drogendealer (Zwischenruf Mag Neyer: Tun mir ja nichts!) in Schutz nehmen. Es geht einzig und allein darum, die Kleinkonsumenten vor Kriminalisierung zu schützen. (Zwischenruf Gorbach: Unbewusst tun Sie das, unbewusst!) Sie verbauen – nein, das tue ich nicht! -, Sie verbauen damit Jugendlichen eine berufliche Zukunft – verstehen Sie das? (Zwischenruf Dr Schuler) Wenn Sie Kriminalisierung in diesem Ausmaß vornehmen, verbauen Sie Tausenden von Jugendlichen eine Zukunft. (Zwischenruf Gorbach: In Zukunft

haben sie drogenfrei die beste Zukunft!) – Herr Landesstatthalter Gorbach, schauen Sie sich die Zahlen in der Realität an! (Zwischenruf Gorbach: Ja, das tue ich!) Es geht da nicht um ein paar Hundert Jugendliche, die davon betroffen sind (Zwischenruf Gorbach: Tausende!), es sind Tausende, ja! (Zwischenruf Gorbach: Ja eben, leider! Sie geben mir Recht!) Und dann kann man doch nicht hergehen und Tausende von Jugendlichen (Zwischenruf Mag Neyer: Das kommt alles wegen der Verharmlosung!) in einem Aufwaschen einer Kriminalisierung unterziehen, die in keinem Verhältnis steht zu dem, was sich tatsächlich abspielt. Da geht's ja nicht irgendwie darum, dass eine gesamte Gesellschaft heroinabhängig wird. Dieses Märchen von der „Einstiegsdroge“ ist aktenkundig widerlegt. (Zwischenrufe – Gorbach: Ja also, jetzt glaub' i's! – Mag Neyer: Eben nicht widerlegt! – Gorbach: Also.. – Mag Neyer: Eben nicht!) Das ist ein Märchen, das ist ein Märchen, das bestätigt Ihnen jeder Experte. (Zwischenrufe – Gorbach: Nehmen Sie sich über den Sommer Zeit zum Lesen, ich liefere Ihnen Material! – Mag Neyer – Dr Schuler) Nehmen Sie sich die Zeit, mit Drogenexperten zu sprechen, und zwar auch mit anerkannten, die nicht aus unseren Reihen kommen – das sage ich Ihnen auch ganz offen – (Zwischenruf Gorbach: Der Herr Haller wäre zum Beispiel ein solcher, der Primar Haller, oder?), das sage ich Ihnen auch ganz offen, die werden Ihnen das bestätigen. (Zwischenruf Mag Neyer: Aber der Haller ist kein Experte, weil er g'hört....! – Vizepräsident Ing Amann: Bitte sehr!)

Ich ersuche Sie noch einmal, versuchen Sie hier bitte differenziert vorzugehen. Es betrifft eine hohe, eine große Anzahl (Zwischenruf Gorbach), eine große Anzahl von Jugendlichen. Konsument ist nicht gleich Dealer und weiche Droge ist nicht gleich harte Droge. Diese Unterscheidung (Zwischenruf Gorbach: Der Konsument wird oft Dealer!), diese Unterscheidung (Zwischenruf Gorbach: Beschaffungskriminalität hängt damit zusammen!) – Nein, Herr Landesstatthalter Gorbach! (Zwischenrufe – Mag Neyer: Droge ist Droge, ob weich oder hart! – Wieser) Und da müssen Sie doch zwischen Beschaffungskriminalität unterscheiden und Kleinkriminalität, wenn's darum geht, den Tageskonsum abzudecken. (Zwischenrufe – Gorbach: ..unterscheiden..! – Halder: Sie können Gorbach heute nicht überzeugen!) Das sind doch Unterschiede! Und es ist nicht gleichzeitig jeder Kleinkonsument auch ein Beschaffungskrimineller. (Zwischenruf Gorbach: Nein, sage ich ja nicht, aber der Weg dort hin ist gezeichnet!) Aber warum versuchen Sie dann, warum versuchen Sie dann, hier pauschal sämtliche Konsumenten, egal ob harte Drogen oder (Zwischenruf Gorbach: Weil ich große Sorge habe!) weiche Drogen, zu kriminalisieren? (Zwischenruf Gorbach: Große Sorge!) Dann würde ich Sie bitten, nehmen Sie sich der legalisierten Drogen an, tun Sie was gegen die alkoholisierten Lenker im Straßenverkehr, damit verhindern Sie Todesopfer, damit würden Sie der Gesellschaft einen sehr viel besseren Dienst erweisen, als durch eine undifferenzierte Abhandlung des Drogenthemas. (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet, der Abgeordnete Winder. Bitteschön.

**Winder:** Herr Vizepräsident! Die Diskussion um Cannabis ist wahrscheinlich schon älter wie ich es selbst bin. Die Fronten sind recht hart – keine Frage. Ich will mich auch selbst ganz klar positionieren: Ich persönlich sage „Nein“ zu einer Freigabe von Cannabisprodukten, aus mehreren Gründen. Ich glaube, wir haben mit den gesellschaftsfähigen Drogen, wie Alkohol und Nikotin, bereits genug Probleme, wir brauchen nicht noch eines.

Zum Themenbereich der Kontrollen, die von der Kollegin Mandak angesprochen worden sind, sage ich, dass wir sehr wohl angemessene, eben „angemessene“ Kontrollen brauchen, um ein Gesamtbild der Situation zu bekommen, um zu wissen, was sich im Drogenbereich abspielt. Ich sage bewusst, „angemessene Kontrollen“. Und wenn wir bei diesem Thema sind,

und dort liegt dann auch der inhaltliche Unterschied zum Statthalter, geht es auch um den Bereich der Kriminalisierung. Es wurde bereits vorher der Primar Haller genannt, der selbst auch vorgeschlagen hat, beim ersten Mal den Haschischkonsum ähnlich wie ein Verwaltungsvergehen zu ahnden. Also nicht zu kriminalisieren, sondern den Konsumenten mit einer Geldbuße zu belegen, und vor allem auch die Möglichkeit der Beratung zu nützen. Ich bin auch der Meinung, dass wir uns überlegen müssen, wie wir mit jenen umgehen, die man das erste Mal erwischt.

Ich bin nicht der Meinung, Herr Statthalter Gorbach, dass man die Thematik verharmlosen darf. Ich bin aber der Meinung, dass man nicht um der Dramatik willen, mit ihr undifferenziert umgehen darf. Es stellt sich die Frage, inwieweit das kontraproduktiv wird, inwieweit man Dinge damit interessanter macht, als sie es eigentlich sind? Das gilt aber nicht nur für Sie, das gilt auch – und das sage ich ebenfalls sehr offen – auch für die Medien und für die Berichterstattung. Ich glaube, dass hier etwas mehr Vorsicht geboten ist, besonders wenn man die Berichterstattung aus dem Falle Montafon (Zwischenruf Gorbach: ..Probleme verschweigen Sie!) – Nein! Herr Statthalter, wenn Sie mir zuhören und wenn Sie (Zwischenruf Gorbach: Ich bin immer dabei!), wenn Sie sich, wenn Ihnen das Thema so ernst ist, dass Sie ohne ja irgendwo politisch starre Fronten aufbauen zu wollen, dieses Gremium auch nützen wollen, um wirklich zu diskutieren und nicht zu pauschalisieren, dann wissen Sie, dass ich nicht sagen würde, dass man dieses Thema totsichweigen soll. – Im Gegenteil, das ist der Grund, warum ich mich hierher stelle. Ich will es nicht totsichweigen, ich will allerdings, dass wir sehr produktiv mit dieser Problematik umgehen. Wir kennen die Geschichte vom Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ beispielsweise, dass erwiesenermaßen kontraproduktiv war. Und wir müssen auch in der Berichterstattung wissen, speziell in dem Fall aus dem Montafon, wo der Eindruck erweckt wurde, es handelt sich nicht um's Montafon, sondern mindestens um Chicago, dass das auch kontraproduktiv sein kann. Wir müssen sehr differenziert (Zwischenrufe - Gorbach: Es handelt sich um über hundert Jugendliche, die involviert sind, des ist nix?! – Mag Neyer: 86!) – Bitte, ich habe niemals gesagt, dass es „nichts ist“! Aber schauen Sie sich (Zwischenruf Gorbach: Doch...!) – Nein! -, schauen Sie sich die Berichterstattung an. Schauen Sie sich an, wie hier auch teilweise undifferenziert vorgegangen wurde. Wir dürfen nicht so dramatisieren, dass wir unglaubwürdig werden und dass das Ganze kontraproduktive Auswirkungen hat. Ich weiß, das ist eine Diskussion, die hier in diesem Gremium sehr schwer zu führen ist. Es ist mir aber eine sehr wichtige Diskussion und ich stelle mich ihr. Ich bitte allerdings wirklich, nicht zu dramatisieren, sondern produktiv zu diskutieren. (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet, der Herr Landesrat Stemer.

**Mag Stemer:** Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch zu zwei oder drei Positionen in aller Kürze Stellung beziehen, vor allem Sie ansprechen, Herr Rauch, weil Sie erstens Recht gehabt haben mit der Feststellung, dass es noch nie eine drogenfreie Gesellschaft gegeben hat – das ist in der Geschichte erwiesen, Drogen oder Suchtgifte hat es immer gegeben in irgendeiner Form. Zweitens, Sie haben auch damit Recht, dass Sie sagen, man müsse das Thema differenziert diskutieren.

Und jetzt bringe ich's gleich auf den Punkt: Mir ist vorgekommen, wenn ich die Augen geschlossen hätte, ich habe heute wieder Personen gehört, die mich an einen Bernhard Amann und andere ähnliche Argumente erinnern. Das enttäuscht mich eigentlich von Ihnen. Ich hab Sie in diesem Thema für viel differenzierter argumentierend in Erinnerung gehabt. (Zwischenruf Rauch)

Günter Lampert und Christoph Winder haben vollkommen Recht, ich möchte das unterstreichen. Es ist bestmögliche Hilfe – und jetzt gleich konkret auf Ihre Wortmeldung –, „Therapie statt Strafe“ natürlich anzuwenden, genau in jenem Bereich, den Sie jetzt angesprochen haben. Es ist zweitens größtmögliche Prävention, also Vorbeugung, zu machen. Ich bin von den letzten Tagen, gerade was das Thema „Kinder stark machen durch Sport“ anbetrifft, wirklich begeistert: 2.800 Kinder, 128 Schulklassen haben mit fachmännischer Anleitung daran teilgenommen. Sie wissen, das ist nur ein Teil des umfassenden Paketes, von dem wir auch nicht wissen, ob es alle diese gewünschten Erfolge erbringt.

Und jetzt ein letzter Punkt: „Leichte Drogen“, wie Sie sie vorher bezeichnet haben, gehören auch in die Kategorie der Suchtgifte. Und wer die frei gibt, gibt ein Signal, dass diese Dinge gesellschaftsfähig, also harmlos sind. Und das sind sie nicht! Ein einziges Argument - ich habe wirklich mit vielen Fachleuten gesprochen, auch mit Primarius Haller, wir sind Studienkollegen -, sagen Sie mir, ob es wahr ist, dass ein erheblicher Prozentsatz, der irgendwann einmal im jugendlichen Alter mit diesen so genannten „leichten Drogen“ begonnen hat, nicht später dann in Heroin und Kokain und schwere Drogen hinein geraten ist? Es ist erwiesen, dass es einen gewissen Prozentsatz gibt, der in diesem Elend landet. Deshalb kann dieses gesellschaftliche Signal, „es ist harmlos, da passiert ja sowieso nichts“, einfach nicht richtig sein. Und in der Abwägung, dass man das nicht verharmlosen darf und nicht für gesellschaftsfähig erklären darf oder ein Signal in diese Richtung geben, komme ich seit vielen Jahren, trotz sehr differenzierter Beurteilung, zum Schluss in der Abwägung: nein, wir dürfen das nicht tun! (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Wir haben dieses Thema an und für sich unter „Gesundheit“ oder hätten das unter „Gesundheit“ zu behandeln gehabt. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, und ich bitte das wirklich als die Letzten zu betrachten, dann möchte ich dieses Kapitel auch abschließen. Zunächst zu Wort gemeldet, die Frau Abgeordnete Mandak.

**Mandak:** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hoher Landtag! Ich möchte bitten, dass wir die politischen Fragen trennen. Die eine Frage ist die Frage, wie gehen wir mit Drogenmissbrauch um? Drogenmissbrauch kennen wir, haben wir genauso beim Alkohol, genauso im Bereich der Medikamente, der Psychopharmaka, wie im illegalen Drogenbereich – keine Frage. Hier gilt selbstverständlich, „Therapie statt Strafe“ und hier gilt selbstverständlich grundsätzlich im Präventionsbereich anzusetzen.

Die politische Frage Nummer zwei heißt, welche Drogen sind legalisiert? Derzeit ist die Droge Alkohol legalisiert in Österreich. Tatsache ist, dass die Droge Cannabis nicht schädlicher ist, im Gegenteil, sogar weniger schädlich ist, was die körperlichen Auswirkungen betrifft, als Alkohol. Jetzt haben wir eine ganz eklatante Ungleichbehandlung, wirklich, bitte lesen Sie den Bericht, Herr Landesrat Stemer, ja, lesen Sie den Bericht! Das –ja -, also das kommt völlig klar heraus. Das ist eine Sache mit Hand und Fuß. Und jetzt haben wir eine ganz große Ungleichbehandlung, bitte. (Zwischenruf Mag Stemer: Jetzt ist doch Alkohol so harmlos, dass ich noch ein neues Mittel dazu setzen sollte. Ich verstehe die Welt nicht mehr!) – O.k., jetzt können wir die Augen zumachen und wir können sagen, wir haben Alkohol, und das genügt eh schon – ja? Und wir können sagen, Cannabis darf man nicht legalisieren, weil das kann nicht so sein. Es ist aber eine Tatsache, dass ein Prozentsatz von rund 60 % der Jugendlichen ab 15 Jahren Cannabis konsumieren, ab und zu, öfters oder immer wieder. Und jetzt können wir sagen, wir wollen das alles nicht wahrhaben und wir wollen das nicht sehen und wir wollen das wegstecken, und wir gehen in der Rechtsprechung weiter wie bisher und

sagen, o.k., diese Jugendlichen sollen einfach – und das tun sie – mit einem Fuß in der Illegalität stehen. (Zwischenruf Mag Stemer: Die Rechtsprechung hat sich geändert!) Es geht noch besser, wenn sie alle gleich alt sind. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass in dem Moment, wo ein 20-Jähriger einer 16-Jährigen oder einem 16-Jährigen zum Beispiel Cannabis mitbringt, dass die genauso wegen Dealens angezeigt werden können und verfolgt werden können. Und da sind wir jetzt wieder, da schließt sich der Kreis zu der schrecklichen Argumentationslinie des Landesstatthalters. Bitte stellen Sie sich vor, wenn plötzlich so ein Mensch lebenslang kriegen soll, weil er ja dann auch ein Dealer ist. Und das kann es nicht sein. Es kann's nicht sein und das darf es nicht sein.

Und wenn man keine handfesten Gründe hat, dass man sagt, Cannabis muss verboten werden, weil Cannabis körperlich schädigt (Zwischenruf), weil Cannabis abhängig macht bzw weil Cannabis eine Einstiegsdroge ist, dann muss man es legalisieren. Es gibt eine Verbindung derzeit – und da gebe ich Ihnen Recht -, die immer wieder die Verbindung herstellt zwischen Cannabis und den „harten Drogen“, und das ist die der Beschaffung, ja? (Zwischenruf: Ja also!) Ja, das ist derzeit (Zwischenrufe – Lampert: Nicht nur, ein Punkt! – Ing Amann: Das war einmal! Alle Studien momentan sagen, dass das vorbei ist, weil es komplett getrennte Werte sind!) – Moment! – Das sind sie nach wie vor noch nicht (Zwischenruf Ing Amann: Doch, das sind sie!), sind sie nach wie vor noch nicht. Und es ist so, dass diejenigen (Zwischenruf Mag Neyer), die Cannabis sich beschaffen, natürlich auch in Gefahr geraten, mit Dealern zusammenzukommen, die auch andere illegale Drogen verkaufen. (Zwischenruf Dr Schuler: Also!) Genau das gilt es unter anderem zu verhindern. In dem Moment, wo ich Cannabis völlig legal kaufen kann, fallen solche Sachen weg. (Zwischenrufe) Das heißt (Zwischenrufe – Mag Stemer: Es wird nicht besser, des Problem!) – Natürlich wird's besser, weil jetzt – und das; Sie wollen's vielleicht momentan nicht sehen oder Sie können's nicht sehen, weil Sie's; vielleicht sind Sie nicht unmittelbar betroffen oder, ich weiß es nicht? -, dass so und so viele Jugendliche in der Illegalität sind. Und ich will nicht, ich will nicht, dass so viele Jugendliche, die einfach „kiffen“, auf gut Deutsch g'sagt – und sie tun es -, dass die sozusagen illegale Handlungen begehen. Das heißt, etwas verbergen müssen, etwas verstecken müssen – ich will das nicht, wenn es nicht gerechtfertigt ist. Und deswegen geht dieser Appell in die Richtung, dass bitte – jetzt heißt das ja nicht, dass man jetzt heute und hier da irgendeinen Beschluss fasst, sondern es geht darum, sich mit diesem Thema ernsthaft und fundiert auseinander zu setzen und schrittweise einmal, damit sich etwas bewegt und damit man schrittweise die Standpunkte vielleicht etwas verändern kann und aus unserer Sicht natürlich zu dem Ziel kommt, dass endlich diese Kriminalisierung beendet wird. Danke! (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Als Nächster zu Wort gemeldet, Landesstatthalter Gorbach, bitte.

**Gorbach:** Geschätzter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin weit davon entfernt, so zu tun, als wäre ich ein Experte in Sachen Drogen oder Drogenmissbrauch, aber ich beschäftige mich schon viele Jahre, nämlich seit meiner Arbeit als Jugendpolitiker – und das ist eben leider schon viele Jahre her – mit dieser Problematik sehr intensiv. Und Herr Abgeordneter Winder, Sie können es sich nicht so leicht machen, hier herauszukommen, aus welchen Gründen auch immer, vielleicht auch ein bisschen parteipolitische, zu sagen, „man darf das nicht dramatisieren, so wie das der Herr Statthalter tut“, und im gleichen Atemzug auch noch sagt, „auch ein Vorwurf an die Medien ist angebracht, dass man hier undifferenziert vorgegangen sei oder vorgehen würde“. (Zwischenruf Winder: Genau das ist passiert!) Dann sagen Sie auch dazu, in welchem Fall und wie Sie das getan hätten und wie Sie das für richtig empfinden. Weil, man kann natürlich, Sie sagen „dramatisieren“, dass man unglaublich wird; man kann natürlich etwas

verdramatisieren und so interessant machen – so wie Sie das gesagt haben -, man kann aber auch verharmlosen und entwickeln lassen. (Zwischenruf Winder: Und genau das ist passiert!) Zweiteres will ich auf keinen Fall.

Und wenn man dann auch noch einen Vergleich wie der Herr Abgeordnete Rauch zieht, und sagt, „0,5 Promille im Straßenverkehr ist gut – Sie waren damals für 0,8 Promille, also können Sie jetzt auch nicht in dieser Diskussion mitreden“ (Zwischenruf) -, dann ist das wirklich hanebüchen und geradezu furchtbar, ebenso furchtbar, wie wenn Ihre Kollegin Mandak sagt, „60 % der ab 15-Jährigen konsumieren gelegentlich Cannabis“. Ja genau das ist ja das Problem, das ich sehe, weil Cannabis für mich eine Einstiegsdroge ist. (Zwischenruf Mandak: Ja, ja!) Ich bin kein Experte (Zwischenruf Mandak: Ja eben!), aber Experten bestätigen das. – Ja, Sie sind Expertin, ich weiß es schon, wie so überall. Ich glaube, dass diese Differenzierung in der Rechtsprechung, nämlich in der „Strafsprechung“, stattfinden kann. Und da habe ich gar nichts dagegen, Herr Abgeordneter Winder, wenn man in der „Strafsprechung“ sagt, „beim ersten Mal mit weichen Drogen, Cannabis zum Beispiel, ist das natürlich nicht etwa mit Gefängnisstrafe zu ahnden oder eine Verurteilung in dem Sinne, sondern kann das noch als Verwaltungsstrafe abgehandelt werden“ – da können wir darüber diskutieren und reden, weil ich nicht kriminalisieren will. Kriminalisieren würde ich auf jeden Fall alles, was unter Dealer läuft, unter Händler läuft, aber nicht unter Konsumenten. Man weiß ja, dass heute, eigentlich nicht nur in jeder Stadt Vorarlbergs, sondern auch in jeder größeren Gemeinde es mindestens ein Lokal gibt, wo jeder 15-, 16-Jährige und jünger sagt, dass man dort Ecstasy, Speed oder was weiß der Teufel was bekommen kann, und zwar ohne Probleme. Und wenn man's dort nicht bekommt, hat man's in der großen Pause in der Mittelschule schon bekommen. – So schaut's nämlich aus, meine Damen und Herren.

Und jetzt sage ich Ihnen etwas – und jetzt hören Sie auch einmal zu -, da gibt es einen Bericht, genau zu diesem Thema ein Buch vom Ferguson & Harvard, das heißt, „Führt Cannabiskonsum zum Konsum von anderen Formen illegaler Drogen?“. Mit Erlaubnis des Vizepräsidenten zitiere ich aus der Zusammenfassung: „In den letzten drei Jahrzehnten hat der Cannabiskonsum unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in vielen Industrieländern weite Verbreitung gefunden. In der Folge entstand ein Diskurs darüber, inwieweit Cannabis als ‚Einstiegsdroge‘ gesehen werden kann?“ – also, was wir heute auch diskutieren. – „Ziel dieser Studie war es, einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Cannabiskonsum und der Einnahme anderer Arten von illegalen Drogen festzustellen und auch verschiedenste Ursachen dieses Zusammenhangs zu untersuchen. Die verwendeten Daten wurden einer groß angelegten Kohortenstudie in Neuseeland entnommen, die 1.265 dieser Studie wurden seit ihrer Geburt 1977 regelmäßig hinsichtlich verschiedenster Merkmale untersucht. Die Ergebnisse zeigten, dass 68,9 Prozent – also fast 70 Prozent – der Untersuchungsgruppe im Alter von 21 Jahren Cannabis konsumiert hatten, 21 Prozent wiesen nach DSM-Kriterien einen Cannabismissbrauch bzw eine Abhängigkeit auf. Andere illegale Drogen wurden von 26 Prozent konsumiert – hier lag bei 7 Prozent eine Abhängigkeit bzw ein Missbrauch vor. Bei den 246, die vom Konsum illegaler Drogen berichteten, war bis auf drei Fälle ein Cannabiskonsum vorausgegangen, allerdings nahm die Mehrheit der Cannabiskonsumenden keine anderen Formen illegaler Drogen ein. Die Analyse ergab außerdem, dass Jugendliche, die jährlich mindestens 50 Mal Cannabis zu sich nahmen – also ein Mal die Woche -, ein 143-fach höheres Risiko aufwiesen, in der Folge auch andere illegale Drogen auszuprobieren.“ Und jetzt geht's weiter: „Dennoch ergab sich wiederum ein starker Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und dem Konsum anderer illegaler Drogen. Das Risiko, in der Folge illegale Drogen zu konsumieren, erwies sich auch unter Berücksichtigung dieser Zusatzfaktoren bei Cannabiskonsumenden wieder um ein 59-faches erhöht.“ 59-faches erhöht! – „Die Resultate sprechen für eine Bewertung von Cannabis als ‚Einstiegsdroge‘.“

Wissen Sie, weil ich in dieser Frage sehr sensibel, auch in der Öffentlichkeit, Herr Kollege Winder, umgehe, auch in der Öffentlichkeit, auch bei Regierungsverhandlungen in Wien, kriege ich Briefe von Betroffenen. Ich bin also nicht nur auf Leserbriefe angewiesen, die mir auch gefallen und hoffentlich von vielen gelesen werden, und man nicht sagt, „die dramatisieren“. Weil da gibt's eine Christine Helfer, ich darf das schon zitieren, weil ich sie gut kenne, sie ist eine Betroffene. Ich möchte kein Betroffener werden. Sie zeigt sehr deutlich auf, welches Elend sie mit dieser Angelegenheit mitgemacht hat. Und ich habe Briefe zu Hause, die gebe ich immer sehr sorgfältig an die richtigen Stellen weiter. Wenn man die liest am Samstag Vormittag, ist das Wochenende verdorben, wenn man eine Verantwortung hat als Politiker in diesem Land. (Beifall!)

**Vizepräsident Ing Amann:** Dankeschön! Damit schließen wir das Kapitel „Jugendförderung“ und kommen zum Unterkapitel „Familie“. Zu Wort gemeldet hat sich dort als Nächste die Frau Bereuter.